

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

12.5.1868 (No. 112)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 12. Mai.

N. 112.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Telegramme.

Paris, 11. Mai. Der „Moniteur“ meldet: Der Kaiser und die Kaiserin sind von Orleans um 6 1/2 Uhr zurückgekommen. Die Antwort des Kaisers auf die Ansprache des Maire's von Orleans lautet: „Ich habe Ihre Einladung mit Vergnügen angenommen, weil ich stets glücklich bin, mich im Schoß einer Stadt zu befinden, welche, indem sie gewissenhaft ihre ruhmvollen Erinnerungen und ihre so patriotischen Gesinnungen bewahrt, sich mit dem wärmsten Eifer dem Wettkampf der Arbeit und Industrie widmet. Ich habe persönlich Ihre Fortschritte konstatiren und ermunternden wollen, überzeugt, daß, inmitten der allgemeinen Ruhe Europa's, Sie deren Fortentwicklung mit Vertrauen entgegengehen können. Ich danke Ihnen für die Gefühle, welche Sie der Kaiserin, meinem Sohne und mir zu erkennen gegeben haben.“

Die Rede des Bischofs Dupanloup wies darauf hin, daß Paris mehrmals seine Thore durch die Fremden hat sprengen lassen, Orleans aber niemals. Die Rede hebt den Patriotismus und die Religiosität der Stadt Orleans hervor.

Der Kaiser erwiderte auf die Rede des Bischofs Dupanloup: „Ich bin von den edlen Worten, welche Sie an mich richten, sehr gerührt. An dieser Stelle erinnert man sich mit Freude, was der religiöse Glaube und der wahre Patriotismus für das Wohl und die Größe eines Volkes sind. Diese Stadt war der Schauplatz eines der wunderbarsten Vorgänge in der Geschichte, und der Fluß, welcher unter ihren Mauern fließt, war vormals eines der Bollwerke unserer Unabhängigkeit, wie er, in nächstliegenden Zeiten die heroischen Ueberreste unserer großen Armeen besichtigte.“

„Als die Kaiserin und ich hieher kamen, um an den volkstümlichen Festen von Orleans Theil zu nehmen, haben wir zuerst in seiner alten Basilika niederzuknien und inmitten der großen Erinnerungen der Vergangenheit von Gott seinen Schutz für die Zukunft erbitten wollen. Ich danke Ihnen, Monseigneur, ich danke Ihrem Klerus für die Gebete, welche Sie die Güte haben, für die Kaiserin, für den Kaiser, Prinzen und für mich zum Himmel zu erheben.“

Washington, 9. Mai. (Neut. Of.) Das Repräsentantenhaus nahm mit 110 gegen 32 Stimmen eine Bill an, wodurch Arkanjasa zur Vertretung im Kongreß zugelassen ist.

Deutschland.

Karlsruhe, 11. Mai. Seine Königl. Hoheit der Großherzog ist gestern Abend von Kalkenbrunn in die Residenz zurückgekehrt.

Nachdem Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin sich gestern nach Baden begeben hatte, hat sich auch Seine Königl. Hoheit der Großherzog heute Nachmittag dorthin verfügt, um Ihrer Majestät der Königin Augusta, sowie Seiner Königl. Hoheit dem Kronprinzen von Preußen, höchstwelscher auf der Rückreise von Italien vergangene Nacht in Baden eingetroffen ist, einen Besuch abzustatten. K. K. H. der Großherzog und die Frau Großherzogin werden heute Abend hieher zurückkehren. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen gedenkt morgen zum Besuch der Großherzogin Familie sich nach Karlsruhe zu begeben, um dann von hier aus die Reise nach Berlin fortzusetzen.

München, 8. Mai. (Frf. Z.) Am 3. Mai wurde zwischen Bayern und Oesterreich ein Vertrag abgeschlossen wegen Aufnahme der tyrolischen Gemeinde Jungholz in den bayerischen Zollverband und wegen Anschlusses an das bayerische System der indirekten Besteuerung. Der Vertrag bedarf nach den geltenden Zollvereins-Verträgen der Zustimmung des Zollbundesrathes und der Genehmigung des Zollparlamentes.

Eindau, 8. Mai. (Nürnb. Kor.) Zum Abschluß des neuen Postvertrages zwischen der Schweiz und Oesterreich reiste heute der Postfassen-Controleur Fuchs aus Bern nach Wien ab. Derselbe hatte den Vertrag mit Holland abgeschlossen und war mit zu den Konferenzen in Berlin delegirt gewesen.

Mainz, 8. Mai. Das „Frankfurt. Journ.“ schreibt: „Die bereits früher gemeldete Nachricht von der bevorstehenden Einverleibung großer heffischer Truppen in die heffische Garnison wird jetzt mehrseitig (u. A. von der „France“) bestätigt, nachdem die preussische Regierung die Verlegung eines heffischen Infanterieregiments hierher genehmigt hat, unter der Bedingung, daß dasselbe nach preussischer Weise uniformirt werde und preussische Verpflegungskompetenzen erhalte. Wie uns von hier mitgetheilt wird, soll diese Maßregel schon Mitte dieses Monats in's Werk gesetzt werden. Auch hört man, daß in Zukunft noch andere Bundesstruppen abwechselnd hier Garnisonsdienste verrichten sollen.“

Luzern, 10. Mai. Die bedeutendsten Mitglieder der Kammer billigen die Weigerung der Regierung bezüglich der zwischen der Luxemburger Wilhelms- und der französischen Ostbahn getroffenen Uebereinkunft. Der für unan-

nehmbar erachtete Artikel 7 derselben untersagt nämlich der Luxemburger Wilhelmsbahn-Gesellschaft, den Bau und Betrieb anderer Bahnlinien im Großherzogthum ohne vorhergehende Erlaubnis von Seiten der französischen Ostbahn-Gesellschaft zu unternehmen.

Berlin, 8. Mai. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ läßt sich über die Adreßdebatte wie folgt aus:

Die Adreßdebatte im Zollparlament hat denjenigen Ausgang genommen, welchen Jeder mit Freuden begrüßen muß, der in einem ruhigen Fortbau der sozialen einseitigen Verhältnisse Deutschlands die beste Garantie für die Fortentwicklung der politischen Einheit findet.

Natürlich sind die national-liberalen Blätter über das Resultat der Debatte verstimmt, und doch sollten sie sich eher freuen, daß die Partei Gelegenheit gehabt hat, ihrem Namen ein weiteres Relief zu geben, ohne dadurch Verwundungen zu provoziren, die vielleicht über den Beratungsjahr hinausgegangen wären.

Dem: überall lebet uns die Geschichte, daß die Politik, die mit Adressen und Resolutionen von den Parlamenten getrieben wird, nichts fördert, sondern nur dazu dient, den Staaten Verlegenheiten zu bereiten.

Die italienische Einheit ist durch die kluge und glückliche Politik der Regierung Schritt für Schritt gefördert worden; nichts aber hat derselben mehr Eintrag gethan, nichts fördernd auf diese Entwicklung gewirkt, als jener Parlamentsbeschluss, der vorzeitig Rom zur Hauptstadt Italiens erklärte.

Die Worte der gestern berathenen Adresse, welche die „nationale Vertretung für alle Interessen des öffentlichen Lebens“ fordert, eine Vertretung, die dem deutschen Volk auf die Dauer nicht vorzuziehen werden könne, diese Worte klingen allerdings viel verlockender in das Ohr, als die von der süddeutschen Fraktion beabsichtigte Rechtsverwahrung, wozumal das Zollparlament nur berufen sei, an der Gesetzgebung über das Zollwesen und die Besteuerung des Salzes, des Zuckers und des Tabaks Theil zu nehmen und über Handels- und Schiffsahrtsverträge zu beschließen. Aber diese unsicheren, materiellen Dinge, das Salz, der Zucker, der Tabak, sind unserer Ansicht nach viel geeignete Anknüpfungspunkte, um die Nation zusammenzuführen und zusammenzubehalten, als jene schon klingenden Phrasen. Amerika's Unabhängigkeit knüpfte sich an die Theesteuer, die ihr vom Mutterland aufgelegt wurde.

Um so mehr müssen wir daher es billigen, daß das Zollparlament von seinen materiellen Arbeiten nicht in das Gebiet unfruchtbarer, politischer Diskussionen abgelenkt worden ist und eine Verantwortlichkeit auf sich geladen hat, die keine unserer modernen parlamentarischen Versammlungen der Natur der Sache nach besitzen kann, da die Verantwortlichkeit von der Person nicht zu trennen ist.

Es war gestern der siebente Mai, der Jahrestag, an welchem vor zwei Jahren durch Gottes gnädige Fügung die Mörderhand von dem Mann abgelenkt wurde, der sogar, dem Fanatismus gegenüber, die Verantwortlichkeit für die Gegenwart und für die Zukunft trug, der sich aber auch dieser Verantwortlichkeit bewußt war und das Maß derselben im Verhältnis zu seinen Kräften und denen der Nation richtig zu schätzen wußte. Und diese Erinnerung drängt uns unwillkürlich zu der Frage, wer denn wohl von den hundertunfünfzig Herren, die gestern für die Adresse stimmten, die Verantwortlichkeit für die von ihnen empfohlene Politik übernommen haben würde, — oder ob die Herren eben „unverantwortlich“ genug dachten, sich mit dem Gedanken zu trösten, daß sie diese Verantwortlichkeit ja auf fremde Schultern übertragen würden.

Berlin, 9. Mai. Sitzung des Zollparlamentes vom 9. Mai.

Heute wurde die Vorlage, betreffend die Besteuerung des Tabaks, eingebracht (S. f. Art.). Der Präsident wollte sie verlesen lassen und empfahl ihre sofortige Ueberweisung an eine besondere Kommission; aber diesem Vorschlag wurde lebhafter Widerspruch entgegen gesetzt, Laake und Miquel wollten vor Ueberprüfung und wollten den Druck der Vorlage abwarten; schließlich wurde auf Laake's Antrag der Beschluß über die geschäftliche Behandlung vertragen, bis auch die Tarifvorlage dem Hause bekannt sei, deren Einbringung der Bundeskommissar Delbrück für die alternächsten Tage ankündigt.

Die Vorberatung über den Handelsvertrag mit Oesterreich wurde durch den Abg. Braun (Wiesbaden) als ersten Redner für den Vertrag eröffnet, den er zur Annahme empfahl trotz aller Ausstellungen, da das Bessere der Feind des Guten sei. Zugleich benützte er das erste große Thema, das der Diskussion des Parlaments vorliegt, um die eigenhümlich beschränkte Stellung desselben zu illustriren. — Gegen den Vertrag sprach Miquel, trotzdem der Süden Deutschlands mit Oesterreich sich unauflöslich verbunden wisse, und die Hineinbeziehung des Kaiserthums in den Zollverein als Ziel und Wunsch zu betrachten nicht aufhören könne. Aber die Vorlage, im Geiße des Freihandels, d. h. im Interesse der Ceptalge entworfen, ruinire die Millionen, die von der Eisenindustrie und anderen Branchen leben. Wäre Deutschland in Zollbund mit Oesterreich, dann gäbe es keine Kriegsrüchte, und die Nation lebte ruhig für die Zwecke der Kultur und des Friedens. Der Freihandel sei in seiner Wirkung nur eine andere Form des Bandalismus.

Abg. v. Hennig widerlegt diese Anschauungen in allen Beziehungen, die Prinzipien wie die angeführten Thatfachen. Er und seine Partei wollten keine rückwärtslose Zurückführung, auch nicht der durch Schutz entstandenen Industrie, sondern die allmähliche Befreiung der menschlichen Arbeit und Intelligenz. Durch den Schutz würden Einzelne bereichert, aber auf Kosten der Gesamtheit, die an sie zahlte, zum Schaden einzelner Provinzen, die nachweislich durch Einfüh-

rung der Eisenzölle der Verarmung und dem Nothstand preisgegeben worden. Mit dem Fluß dieser materiellen Wirkung hänge zugleich die Verwirrung der Köpfe zusammen, die durch den Schutzoll die Irrlehre aufnehmen, als könne und müsse der Staat Mittel gewähren, um künstliche Existenzen und Industrien zu schaffen und zu erhalten.

Abg. Miquel, als Redner gegen den Vertrag eingeschrieben, für den er jedoch schließlich stimmen zu müssen erklärte, nahm eine mittlere Stellung zwischen den entschiedenen handelspolitischen Systemen ein, die ihm eine Kritik nach beiden Richtungen hin gestattete. Von dem Schutzoll wußte der Redner viel Gutes und Segenreiches zu berichten und die ältere Handelspolitik Englands mußte den Stoff dazu hergeben.

Bundeskommissar Delbrück gab zwei wichtige Erklärungen ab, zu denen er sich durch den Vorredner provozirt sah, einmal, daß die Herabsetzung des Zolls auf Maschinen-Leinwand Oesterreich gegenüber eine Nothwendigkeit war, und ferner, daß der Vorwurf, als werde allzu rasch und oft an den Tariffätzen geändert, auf die die Industrie sich einrichte und auf deren Dauer sie, so lange der Handelsvertrag mit Frankreich in Kraft sei, rechnen, — grundlos sei. Die Sätze jenes Vertrags hätten nur bindende Kraft als Maxima, aber sie schloffen keineswegs eine Herabminderung aus, und die Regierungen hätten nichts dazu gethan, einem so gefährlichen Irrthum Grund zu geben. (Beifall.)

Alsdann sprach Abg. Wils (München) oder das vielmehr eine Rede ab; aber da der Präsident sich auf die Geschäftsordnung gegen das Melesen von Reden berief, so trat er sofort wieder ab.

Abg. Reibel (Heilbronn) ist aus schützländerischen Gründen gegen den Vertrag. In politischer Beziehung erstrebe er eine andere Verbindung mit Oesterreich. Durch den gegenwärtigen Vertrag werde man das österreichische Volk nicht überzeugen, daß der Haß geschwunden sei.

Abg. Dr. Löwe: Haß gegen Oesterreich? Ich kenne keinen solchen, und einen Haß gegen Oesterreich kennt man in Norddeutschland überhaupt nicht. (Bravo!) Der gegenwärtige Vertrag sichert unsere guten Beziehungen zu Oesterreich. So lange Preußen und Oesterreich in Deutschland rivalisirten, waren sie beide keine Großmacht mehr, und erst jetzt, nachdem jeder von ihnen auf seinem eigenen Gebiet steht, gelangen sie zu ihrer natürlichen Macht. Dieses Verhältnis kann kein aufklärter österreichischer Staatsmann trüben oder gar lächerlich machen. Ich erkläre es für eine Verläumdung der Männer, die jetzt in Oesterreich das Regiment führen, wenn man behauptet, daß dieselben den Frieden in Deutschland zu stören gedächten. Es mag wohl eine Kriegspartei geben, und es mag dieselbe auch in Wien nach Allianzen suchen, aber es wird das ohne Erfolg bleiben, und höchstens könnte nur ein reaktionärer Umschwung in dieser Lage etwas ändern. Redner geht dann auf den Vertrag selbst über, den er als einen großen Fortschritt freudig begrüßt. Gegen das Zellkartell hat er jedoch Bedenken. Wer es gut mit Oesterreich meine, müsse dahin wirken helfen, daß es durch Falllassen der hohen Zölle, die es bis jetzt noch festhalte, eines solchen Kartells nicht mehr bedürfe.

Damit wird die allgemeine Diskussion geschlossen.

Die Art. 1 und 2 des Vertrags werden hierauf ohne Diskussion angenommen. Zu § 3 (Verkehrsversicherungen) tritt der Abg. Camphausen (Neuß) den gegen die Ermäßigung der Leinwand-Zölle erhobenen Bedenken entgegen, indem er dabei speziell auf das Detail des heutigen Spinnereibetriebes eingeht. Man dürfe den § 3 (wozu auch der Tarif gehört) ganz ruhig annehmen.

Der Tarif A (Zollsätze für die Einfuhr aus dem Zollverein nach Oesterreich) wird ohne Diskussion angenommen. Zum Tarif B (Zollermäßigungen bei der Einfuhr aus Oesterreich nach dem Zollverein) tritt der Abg. Grumbrecht den Besorgnissen des Abg. v. Mohl hinsichtlich der Eisenzölle entgegen. Schon seit 20 Jahren kenne er Hr. v. Mohl, seine Ansicht habe sich nicht geändert, sie sei stets dieselbe geblieben. Wie aber hinsichtlich des Eintritts Württembergs in den Zollverein die Prophezeiung des Hr. v. Mohl sich nicht erfüllt habe, so werde sie sich auch hinsichtlich der gegenwärtigen Herabsetzung der Eisenzölle nicht erfüllen. Die ganze Richtung des Hr. v. Mohl sei eine eigenhümliche; Hr. v. Mohl sollte in Dem, was sich 1866 vollzogen, nicht einen Schlag des Schicksals, sondern nur eine geschichtliche Nothwendigkeit erblicken. (Zur Sache!)

Abg. Meier (Bremen): Auch ich bin bei der Hochofen-Industrie interessiert, und ich kann die Thatfache mittheilen, daß wir auf den überseeischen Märkten mit dem englischen Eisen konkurriren. Ich bin überzeugt, daß wir auch dann noch konkurriren könnten, wenn der Eingangszoll auf Eisen auch ganz beseitigt würde. Ich vertraue in dieser Beziehung der deutschen Kraft, der deutschen Intelligenz. Ich bitte Sie darum, die Position in Betreff der Eisenzölle nicht zu beanstanden.

Abg. Dr. Schäffle empfiehlt die Herabsetzung der Eisenzölle ebenfalls, in scharfem Gegensatz gegen seinen Landsmann v. Mohl, und auch der Abg. v. Schöler hält die betreffende Herabsetzung für unbedenklich. An und für sich bedürfe die deutsche Eisenindustrie allerdings noch des Schutzes, aber es könne jetzt auch auf einen erweiterten Absatz in Oesterreich gehofft werden und außerdem könne auch noch Vieles durch Herabsetzung der Transportkosten für das Rohmaterial geschehen. Uebrigens bezeichne der jetzige Satz auch das Keuferische Deesen, was zugestanden werden könne, und sei eine weitere Herabsetzung durchaus unzulässig. — Das Haus verlegt sich hierauf bis Montag.

Berlin, 9. Mai. Das in der heutigen Sitzung des deutschen Zollparlamentes desselben von Seiten des Vorsitzenden des Bundesrathes des Zollvereins zugegangene Gesetz, die Besteuerung des Tabaks betreffend, lautet nach den hiesigen Blättern:

§ 1. Der im Zollvereins-Gebiet erzeugte Tabak unterliegt einer

Steuer nach Maßgabe der Größe der jährlich mit Tabak bepflanzten Grundstücke. Die Steuer beträgt von je drei Quadratrußen (preussisch) mit Tabak bepflanzten Bodens 6 Sgr. (21 kr.) jährlich. Flächen unter drei Quadratrußen sind steuerfrei, wenn sie in der Nähe bewohnter Gebäude liegen. Wo die Quadratrußen-Zahl der von einem und demselben Pflanzler mit Tabak gepflanzten Gesamtfläche durch drei nicht theilbar ist, bleibt das unter drei Rußen betragende Maß bei der Steuer unberücksichtigt.

§ 2. Jeder Inhaber einer mit Tabak bepflanzten, nach § 1 steuerpflichtigen Grundfläche ist verpflichtet, der Steuerbehörde des Bezirks vor Ablauf des Monats Juli die bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe im Landesmaß genau und wahrhaft schriftlich anzugeben. Derselbe erhält darüber von der gedachten Behörde eine Bescheinigung. Die für eine Fläche unter drei Quadratrußen (§ 1) zugelassene Steuerfreiheit kann von den zu einem Hausstand gehörigen Personen nur einmal in Anspruch genommen werden.

§ 3. Die Angaben (§ 2) werden Seitens der Steuerbehörde geprüft, welche dabei von den Gemeindebeamten zu unterstützen ist. Vermessungskosten dürfen hierdurch dem Tabakpflanzler nicht erwachsen.

§ 4. Nach geschener Prüfung (§ 3) wird die von dem Tabakpflanzler zu entrichtende Steuer berechnet und demselben von der Steuerbehörde bekannt gemacht. Die festgestellten Steuerbeträge sind nach der Ernte zur einen Hälfte im Monat Dezember, zur andern Hälfte im Monat April fällig.

§ 5. Der Inhaber (§ 2) eines mit Tabak bepflanzten Grundstückes ist zu der im § 2 vorgeschriebenen Abgabe verpflichtet, und haftet für den vollen Betrag der Steuer, auch wenn er den Tabak gegen einen bestimmten Antheil oder unter sonstigen Bedingungen dagegen einen Andern anpflanzen oder behandeln läßt.

§ 6. Ein Erlass an der Steuer soll eintreten, wenn durch Mißwachs oder andere Unglücksfälle, welche außerhalb des gewöhnlichen Witterungswechsels liegen, die Ernte ganz oder zu einem größeren Theil verdorben ist. Die Bedingungen und das Verfahren für diesen Erlass werden vom Bundesrath des Zollvereins festgesetzt.

§ 7. Die Steuer für den in das Ausland in Mengen von mindestens 50 Vß. verarbeiteten Tabak wird vergütet werden, wenn die von der Zollbehörde vorgeschriebenen Kontrollbedingungen erfüllt worden sind. Der geringste Vergütungssatz beträgt für den Zentner Roh-Tabak und Schnupftabak 1 Thaler 5 Sgr., für den Zentner entrippte Blätter und Tabakfabrikate (mit Ausnahme des Schnupftabaks) 1 Thaler 10 Sgr. Der Bundesrath des Zollvereins ist jedoch ermächtigt, die Ausfuhrvergütung zeitweise oder dauernd bis zum Betrag von bzw. 1 Thaler 15 Sgr. und 1 Thaler 25 Sgr. für den Zentner zu erhöhen. Für sog. Weiß, grüne Tabakblätter, Tabakstängel und Abfälle wird keine Vergütung gewährt.

§ 8. Die Steuer wird zum ersten Mal für die im Jahr 1869 mit Tabak bebauten Grundstücke erhoben.

§ 9. 1) Wer es unterläßt, die im § 2 vorgeschriebene Angabe hinsichtlich aller oder einzelner mit Tabak bepflanzten Grundstücke rechtzeitig zu machen, hat das Vierfache desjenigen Steuerbetrags, um welchen die Staatskasse dadurch hätte verkürzt werden können, als Strafe verwirkt. Die Steuer selbst ist unabhängig von der Strafe zu entrichten. Im Wiederholungsfall nach vorhergegangenem rechtskräftiger Beurtheilung wird die nach dem Vorstehenden eintretende Geldbuße verdoppelt. Jeder fernere Rückfall wird mit dem Doppelten der für den ersten Wiederholungsfall bestimmten Geldbuße geahndet. 2) Wer zwar alle mit Tabak bepflanzten Grundstücke rechtzeitig angibt, dabei jedoch die Fläche eines Grundstückes dergestalt unrichtig bezieht, daß das verschwiegene Flächenmaß mehr als den zwanzigsten Theil der Fläche des mit Tabak bepflanzten Grundstückes beträgt, verfällt in eine Ordnungstrafe bis zur Höhe der doppelten Steuer von dem verschwiegenen Flächenmaß. Daneben ist die einfache Steuer zu erlegen. 3) Nur diese wird erhoben, wenn der Unterschied zwischen der Angabe und dem Befund nur den vorbezeichneten zwanzigsten Theil oder weniger beträgt.

§ 10. Wenn eine Geldbuße von dem Beurtheilten wegen seines Unvermögens nicht bezutreiben ist, erfolgt ihre Verwandlung in Freiheitsstrafe nach den Bestimmungen der Zollstrafgesetze.

§ 11. Die Feststellung, Untersuchung und Entscheidung der Zuwiderhandlungen gegen das gegenwärtige Gesetz erfolgt nach den Bestimmungen über Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze. Die durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschriebenen Strafen verfahren in fünf Jahren.

§ 12. Der Zoll von den vom Ausland eingehenden unbeeideten Tabakblättern und Tabakstengeln beträgt vom 1. Okt. 1868 ab für den Zentner 6 Thlr. (10 fl. 30 kr.)

§ 13. Für die aus ausländischem Tabak ganz oder theilweise angefertigten Fabrikate soll bei der Ausfuhr nach dem Ausland eine Zollvergütung nach den vom Bundesrath des Zollvereins zu ertheilenden näheren Bestimmungen gewährt werden.

§ 14. Die übrigen zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrath des Zollvereins festgesetzt.

Berlin, 10. Mai. (Köln. Ztg.) Während der Debatte über den österreichischen Handelsvertrag wollen die heftigsten Abgeordneten die Uebelstände der verschiedenen Besteuerung in Hessen-Darmstadt zur Sprache bringen. Die Gerüchte über den Schluß des Zollparlamentes zum 18. begegnen starkem Zweifel. Die schweizerischen Kommissäre sind heute, Sonntag, früh nach der Schweiz zurückgekehrt; Hr. Dr. Heer wird keineswegs an den Verhandlungen in Wien wegen eines Postvertrags zwischen Oesterreich und der Schweiz Theil nehmen, wie irrtümlich von Bern gemeldet wurde.

Berlin, 10. Mai. Se. Maj. der König ertheilte gestern Nachmittag dem hiesigen brasilianischen Gesandten, Ritter Bianna de Lima, eine Audienz und nahm das Schreiben entgegen, durch welches derselbe von seinem Souverän auch als Vertreter Brasiliens beim Norddeutschen Bunde beglaubigt wird. Diese Akkreditirung ist der Reihenfolge nach die letzte der bezeichneten Art. Nunmehr sind alle am preussischen Hofe beglaubigten Diplomaten zugleich mit dem Mandat der Vertretung ihrer Länder beim Norddeutschen Bunde versehen. — Ein mitteldeutsches Blatt behauptet: Preußen habe in Folge französischer Reklamationen den Plan wegen Anlegung eines festen Lagers bei Trier wieder aufgegeben. Wie hier in bestimmtester Weise versichert wird, ist diese Behauptung völlig grundlos. Man fügt hinzu: bis jetzt sei ein solcher Plan gar nicht vorhanden; sollte aber die Nothwendigkeit der Anlegung von Befestigungen sich herausstellen, so würde es zu deren

Ausführung gerade nicht der Einwilligung fremder Mächte bedürfen.

Zu den schon früher erfolgten Einsprüchen gegen die bei Geisenheim beabsichtigte Korrektur des Rheinstromes hat sich neuerdings noch eine von der Direktion des Vereins nassauischer Land- und Forstwirthe ausgegangene Vorstellung gesellt. In derselben wird namentlich das Bedenken erhoben: die Einengung des Rheinbettes werde der Güte des dortigen Weins Abbruch thun. Außerdem wird auf eine Minderung der Gegenböschung durch die Korrektionsarbeiten, auf die damit verbundene Benachtheiligung der vom Fremdenverkehr lebenden Uferbewohner, und auf eine Gefährdung der Gesundheit der Anwohner durch den Niederrungsboden hingewiesen. Wie verlautet, ist von Seiten der Regierung eine definitive Entscheidung über die Korrektionsangelegenheit noch nicht getroffen. Es finden Erwägungen darüber statt, den Interessen und Wünschen der Einwohner möglichst zu entsprechen. Die Beschwerden derselben liegen jetzt dem landwirthschaftlichen Ministerium zur gütachtlichen Aeußerung vor.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Mai. Im Budgetauschuß war heute das Ministerium fast vollständig anwesend. Hr. Skene trug den bekannten Generalbericht vor, und der Finanzminister erklärte, er sei mit den Ausführungen des Subkomitees nicht einverstanden. Das dreijährige Defizit betrage nur 150 Millionen, und dann sei die Möglichkeit vorhanden, zu einem defizitlosen Budget zu gelangen; ein einjähriges Provisorium dagegen müßte den nachtheiligsten Einfluß auf den Kredit üben; über die zwangsweise Staatsschulden-Konversion lasse sich noch sprechen, und die Regierung wolle gern, anstatt der Vermögenssteuer-Frage, eine Personen-Klassensteuer in Erwägung ziehen, diesfalls jedoch sei im Jahreslauf die Steuererhöhung notwendig. Hopfen erklärte, die Unifikation sei gegenwärtig nicht unbedingt nötig; Einkommensteuer, mit Klassensteuer verbunden, könne eine dauernde Einkommensvermehrung um 12 Millionen herbeiführen. Winterstein betont, das politische Moment sei maßgebend; das Volk müsse zu Opfern bereit sein, die Staatspapier-Besitzer seien nicht zu schonen, auch Andere seien mit ins Mittel zu ziehen; der Gesamtgebirge des Finanzministers sei annehmbar, wenn man nicht zu radikal vorgehen wolle; die zwangsweise Staatsschulden-Regelung sei nicht zu verschmähen; er sei gegen die Vermögenssteuer, aber für die dreijährige gleichmäßige Staatsgläubiger-Belastung.

Wien, 10. Mai. Bisher wurde, augenscheinlich aus politischen Rücksichten, mit aller Strenge an dem Grundsatz festgehalten, daß fremde Konsuln, außer in Wien, nur in den Hasenplätzen aufgestellt werden könnten. Der Handelsvertrag mit Frankreich hat diesen Grundsatz in der Theorie beseitigt, in der Praxis aber ist er erst jetzt aufgegeben, denn jetzt zum ersten Mal ist für ein Konsulat — und zwar ein französisches Konsulat — in Pesth das Exequatur ertheilt. Andere Konsulate, in Ungarn und anderswo, werden ohne Zweifel alsbald nachfolgen.

Die sämtlichen Linien-Infanterieregimenter, von denen bisher jedes einzelne Bataillon eine Fahne führte, behalten fortan statt der fünf Fahnen nur zwei. Die eine (die Leibfahne) wird den drei Feldbataillonen, die zweite (eine gelbe Fahne) den beiden Ergänzungsbataillonen gemeinsam. Die Grenz-Infanterieregimenter haben in Zukunft nur je eine einzige Fahne, die Leibfahne.

Rumänien.

Bukarest, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer interpellirte Carp das Ministerium wegen der Vorfälle in Baken. Nachdem der Minister eine rechtfertigende Erklärung abgegeben, stellte Hornuzaki folgenden Antrag: Die Kammer weist die Anklage wegen Judenverfolgung als unbegründet zurück und geht darüber, unter Anerkennung der Haltung der Regierung, zur Tagesordnung über. Von 91 Botanten stimmten 47 für den Antrag, die übrigen enthielten sich der Abstimmung.

Bukarest, 9. Mai. Fürst Karl hat, nachdem er auf seiner Reise durch die Moldau die Ueberzeugung gewonnen, daß im Distrikt von Baken Gewaltthätigkeiten gegen Israeliten wirklich stattgefunden haben, sofort nach seiner Ankunft hier die strengsten Maßregeln gegen die Schuldigen anbefohlen. Der Präsekt Lecca ist seines Amtes entsetzt, eine große Anzahl Beamter und Einwohner des Distrikts Baken, welche sich Gewaltthätigkeiten gegen Juden haben zu Schulden kommen lassen, ist behalben in Anklagestand versetzt, die Nationalgarde von Baken ist aufgelöst worden. Im Uebrigen sind alle Maßregeln ergriffen, um den Israeliten die vollste Garantie für die Zukunft zu geben.

Schweiz.

Genf, 9. Mai. (Köln. Z.) Der Kronprinz von Preußen traf gestern Abend 9 Uhr hier ein. Derselbe reist morgen Vormittag 10 Uhr von hier nach Baden weiter. Bei seiner Abreise von Florenz (vorgestern Morgen) waren sämtliche Prinzen auf dem Bahnhof anwesend. Der Kronprinz besuchte zunächst Spezia. In Genua fanden wieder große Volks-ovationen statt. Gestern früh besichtigte der Kronprinz den Tunnel des Mont Genis.

Frankreich.

Paris, 9. Mai. Der „Constitutionnel“ ist mit dem Ausfall der Adressdebatte des Zollparlamentes sehr zufrieden.

Die Rathschläge der Klugheit und der Weisheit — sagt das genannte Blatt — haben also die Oberhand behalten, wozu wir sowohl uns für den Fortbestand der guten internationalen Beziehungen (pour le maintien des bons rapports internationaux), als auch Deutschland selbst im Interesse seiner innern Ruhe Glück wünschen. Nachdem nun, entsprechend den Bestimmungen des Grundvertrags, die politischen Fragen aus der Diskussion entfernt sind, kann das in Berlin versammelte Zollparlament sich ungetheilt der Prüfung der staatswirthschaftl. Fragen überlassen, deren Lösung seine besondere Aufgabe ist, und die in so

hohem Grade das Gelingen der verschiedenen Staaten des Zollvereins betreffen.

Auch das „Journ. des Deb.“ und der „Monde“ sind sichtlich von der Haltung der Koalitionsmehrheit vom 7. Mai befriedigt. Der „Klerikale, Monde“ schreibt das „Verdienst“ der Zurückweisung des Adressentwurfs der muthigen Haltung der Katholiken und der Demokraten Süddeutschlands zu, welche die preussische konservative Partei mit fortgerissen haben. Uebrigens gibt der „Monde“ zu, daß keine der einzelnen Parteien, welche die Majorität gegen den Adressentwurf gebildet haben, an Zahl so stark sei, wie die Bismarck'sche Partei, die sich die „national-liberale“ nenne.

Die „Patrie“ spricht von dem im Ministerium des Innern vorzunehmenden Veränderungen. Es war bereits die Rede von der Ernennung des Aube-Präsidenten, Hr. Sallés, zum Generaldirektor der Presse, der Druckereien, des Buchhandels u. s. w., sowie vom Abgang des Hr. v. St. Paul. Man spricht nun von der Bildung einer zweiten Generaldirektion, welche einem im Amt befindlichen Präsekt übertragen werden würde. Uebrigens will das „Journ. de Paris“ wissen, es sei Hr. Rouher gelungen, Hr. v. St. Paul zu bestimmen, in seinem Amt zu bleiben. — Es wird versichert, daß die Budgetkommission nun doch die Summe der Anleihe definitiv mobilisiren, und zwar verringern wird. — Rente 69.35, Cred. mob. 228.75, ital. Anl. 48.85.

Paris, 10. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin, welche sich nach Orleans begeben haben, wohnten gestern Abend einem Ball im Opernhause an.

* **Paris, 10. Mai.** Der „Constitutionnel“ bringt heute einen von verschiedenen Seiten bereits angezeigten offiziellen Artikel über das Kriegsbudget. Derselbe ist ziemlich umfangreich, indem er über vier volle Spalten ausfüllt, und beschäftigt sich, wie Eingang erklärt wird, mit der Beantwortung bezw. der Widerlegung des so häufig wiederkehrenden Einwandes: „Warum macht die französische Regierung, wenn sie den Frieden wünscht und keine auswärtige Verwicklung vorherzieht, übertriebene Rüstungen, welche unsere Finanzen so ungenehm belasten, anstatt eine Abrüstung vorzunehmen?“ — Das, was der Artikel mit Aufgebot vieler Zahlen und vergleichender Rückschlüsse beweisen und dem Patriotismus des Gesetzgebenden Körpers zur Nachachtung dringend empfehlen will, findet sich am Schluß in nachstehenden vier Sätzen zusammengefaßt. Es heißt daselbst:

Die Regierung will 1) unsere festen Plätze im Stande, unsere Borräthe und unser Material komplett erhalten, 2) unsere Cadres unberührt lassen, um nicht in einem schwierigen Augenblick zu übertriebenen Beförderungen, welche die Armee entweren, genöthigt zu sein, 3) die offenbar unzureichend gewordene Besoldung der Offiziere erhöhen, 4) eine tüchtige stehende Armee und eine ausgebildete zahlreiche Reserve errichten, um schnell von dem Friedensfuß auf den Kriegsfuß und, je nach Umständen, entweder die stehende Armee durch die Reserve, oder die Reserve durch Verminderung der stehenden Armee vermehren, überhaupt die nationale Wehrkraft stets unverfehrt lassen zu können.

Nach den Berechnungen, welche der Artikel aufstellt, hat Frankreich, im Verhältnis zu seinen Einnahmen, unter dem Kaiserreich für seine Armee weniger ausgegeben, als unter den vorangegangenen Regierungen. Für 1869 verlangt nun der Kriegsminister einen Normalbudgetbestand von 400,000 Mann, der aber durch die regelmäßigen Beurlaubungen, sowie nach Abzug der Offiziere und der Gendarmen auf 333,000 Unteroffiziere und Soldaten beschränkt, während der deutsche Nordbund eine verhältnismäßig härtere Friedensarmee, nämlich bei einer Bevölkerung von 30 Mill., 306,000 ständig unter Waffen hat. Auf dem Kriegsfuß dagegen sei der Effectivbestand des Nordbundes 934,000 Mann, gegen 750,000 Mann, welche Frankreich aufbringen könne, denn die 500,000 Mann mobile Nationalisten könne man nicht als aktive Armee rechnen.

Der „Constitutionnel“ macht heute, mit Anknüpfung an einen Artikel der preussischen „Provinzialcorresp.“ darauf aufmerksam, daß man in Frankreich eben so wenig wie in Deutschland das Recht des Zollparlamentes zu einer Adresse als Antwort auf die Thronrede habe bestritten wollen. Nur glaubt er, daß politische Fragen nicht zu seiner Kompetenz gehören.

Der „Siecle“ findet, daß die Freude des „Constitutionnel“ über die Abstimmung des Zollparlamentes vom 7. d. nicht so völlig gerechtfertigt sein dürfte.

Allerdings — sagt der „Siecle“ — glaubte die Majorität sich auf rein kommerzielle und staatswirthschaftliche Fragen beschränken zu müssen. Demungeachtet hatte die liberale Einheitsidee 150 Stimmen für sich und unterlag nur einer Majorität von 36 Stimmen. Sicherlich besteht in Deutschland eine mehr und mehr zur Macht erwachsende Partei, der die durch den Zollverein geknüpften Bande nicht mehr genügen.

Die „Union“ schreibt:

Wir verspüren keine solche Begeisterung wie der „Constitutionnel“. Was wurde im Grund genommen durch die Abstimmung vom 7. entschieden? Hat man sich zu guter Letzt nicht in Berlin gesagt, daß es unnütz sei, durch einen die Kompetenz eines Zollparlamentes überschreitenden Akt diese deutsche Einheit zu bekräftigen, die man bei so vielen andern Anlässen verkündigt kann? Im Ganzen genommen, erscheint uns diese Abstimmung als eine wichtige Thatsache, deren Vortheil schließlich der preussischen Politik zufällt.

Der „Univers“ findet die am 7. vom dem Zollparlament beliebte Entscheidung vernünftig,

denn — fügt er hochtrabend bei — die europäischen Regierungen hätten wohl die Einmischung des Parlamentes in Fragen nicht dulden wollen, welche es nicht angehen und welche durch die Verträge besonders reservirt sind. Immerhin darf man nicht glauben, daß diese einmal befristete Frage nicht wiederkehren, und daß der allgewaltige Minister sie nicht wieder herbeizuziehen suchen werde. Es ist dies um so leichter, als die Majorität der 186 keineswegs sehr homogener Natur ist. Ein Geringes genügt, um sie in die sie bildenden Elemente zu zerlegen. Hr. v. Rouher wird also gut thun, die Arbeiten des Zollparlamentes etwas näher zu überwachen. (1)

Spanien.

Madrid, 9. Mai. Der Senat hat den Vertrag mit dem Zollverein angenommen.

Niederlande.

Haag, 8. Mai. Die Erste Kammer hielt gestern eine Sitzung zur Berathung des von den H. Cremers und Genossen eingebrachten Antrags auf eine Adresse an den König. Derselbe wurde mit 26 gegen 11 Stimmen angenommen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 9. Mai. Man versichert, Graf Staelher (in Wien) und der österreichische Gesandte, Graf Reverte (in St. Petersburg), werden vorerst nur durch Geschäftsträger ersetzt werden; ersterer durch den Legationsrath Verhüll.

Großbritannien.

London, 8. Mai. Sitzung des Unterhauses vom 7. Mai.

Gestern kam es zwischen Disraeli und mehreren hervorragenden Mitgliedern der Opposition zu so heftigen, mitunter persönlich beleidigenden Wortgefechten, wie sie seit Jahren nicht vorgekommen sind. Zu Anfang der Sitzung ging es ruhig und gemessen her. Auf eine Anfrage Berners, ob Angehörige der Tags zuvor in der St. James's Hall stattgefundenen Demonstration, Gladstone noch immer auf seinen Resolutionen bestände, erwiderte dieser, daß er, trotz aller Achtung vor den Persönlichkeiten, die sich dabei betheiligten, an seinem Entschlusse festhalten müsse.

Da erhob sich jedoch Aytoun (Schotte) und beantragte eine Resolution: daß das Haus sich verpflichte, die zu säkularisirenden Fonds der irischen Staatskirche nicht für katholische Zwecke zu verwenden. In Folge dieses Antrags, welcher mehrere Amendements und Gegenamendements hervorrief, entstand eine heillose Verwirrung in der Debatte (Ewbdgate ergriff nicht weniger als vier Mal das Wort), mit jedem Augenblicke steigerte sich die Aufregung und der Lärm, Disraeli und die übrigen Minister verließen den Saal, um sich der Abstimmung über den Antrag Aytoun's zu entziehen, und erst nachdem dieser mit 85 gegen 198 Stimmen gefallen war, kehrte Disraeli wieder auf seinen Sitz zurück.

Gladstone blieb die Antwort auf den Vorwurf nicht schuldig und erwiderte mit einigen scharfen Gegenbemerkungen. Damit wäre auch dieser störende Zwischenfall wahrscheinlich beendigt gewesen; aber als ob der Geist der Zwietracht sich nicht bannen ließe, trat Greene (konservativ) mit dem Antrag auf, daß von den eingezogenen irischen Kirchenfonds nicht das Geringste zu irgend welchen kirchlichen Zwecken verwendet werden dürfe.

Mit Empfange wiederholte Disraeli seine früher gemachte Behauptung, daß durch die Gladstone'schen Resolutionen heillose Verwirrung über das Land gekommen sei, wofür die Szenen, die sich eben im Hause abspielten, den schlagendsten Beweis liefern dürften. — Worauf Bright erwiderte, daß dieser „letzte Schuß“ gegen die Resolutionen an den Beschlüssen des Hauses und des Landes Nichts ändern werde; daß der Premier sich bei seinen Mittheilungen über seine Besprechung mit der Königin abwechselnd ausgeblendet und servil lenken habe; daß ein Minister, welcher das Staatsoberhaupt „betrage“, indem er ihm die Stimmung des Landes fälschlich schildere, eben so schuldig sei, als ein Versuchter gegen die Krone; daß ein Minister, der den Monarchen in einem großen Parteitampfe voranstellt, sich eines schweren Verbrechens gegen ihn und das Land schuldig mache; und daß ein solches Verbrechen in aller Zukunft nicht gesühnt werden könne.

Noch einmal erhebt sich Disraeli, um den Gegner herausfordernd zu fragen, was er denn so Unerhörtes gesagt habe. Seine Behauptung, daß aus den Resolutionen dem Land und Parlament nur Verwirrung erwachsen würden, werde er jederzeit festhalten. Was aber die Anlagen Bright's betreffe, fordere er ihn hiemit auf, sie vor dem Hause zu beweisen und zu erklären. Noch gebe es Gentlemen auf der Bank ebensoviel wie auf der Rechten, und an die werde er appelliren, wenn Hr. Bright seine Anlagen vor das Haus bringen werde. Nach diesen stürmischen Szenen, die hier nur flüchtig angedeutet werden konnten, schreitet das Haus zur Erledigung der Tagesordnung und vollzieht die zweite Lesung der irischen Reformbill, deren eigentliche Diskussion erst bei der allgemeinen Kommitteesitzung beginnen wird.

London, 9. Mai. Der Ministerrath beschloß angeblich, auf ein eventuelles Mißtrauensvotum durch Parlamentsauflösung zu antworten.

London, 9. Mai. Der „Globe“ meldet den Tod Lord Broughams in Cannes in Südfrankreich. Derselbe ward 90 Jahre alt.

Baden.

Pforzheim, 10. Mai. Die auch in Ihr Blatt übergegangene Mittheilung über eine kürzlich hier verübte Brandstiftung ist dahin zu vervollständigen, daß ein Bäckerlehrling des genannten Verbrechens überführt wurde und auch bereits ein Geständniß abgelegt hat. Derselbe wollte aus Rache das Wohnhaus seines Lehrherrn anzünden, wobei aber auch andere Gebäulichkeiten nicht minder gefährdet waren. Ein anderer Lehrling ist wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen in Untersuchung genommen. — Gestern verließ unser Stadtdirektor Sachs, um seine neue Stelle als Ministerialrath und Landeskommissar in Konstanz anzutreten.

Heidelberg, 9. Mai. (N. B. Lds.-Ztg.) Vor einiger Zeit ist auf einen den vordern Odenwald begehenden Landpost-Boten im Gebirgswald zwischen Hiegelhausen und Schönau ein Raubanfall verübt worden. Der Häher ist bis jetzt noch nicht ermittelt worden. Auch an andern Verbrechen gegen das Eigenthum, wie an Raubhändeln in einigen umliegenden Dörfern hat es in neuerer Zeit nicht gefehlt, bei deren einem sogar ein Todesfall vorgekommen ist. — Wie alljährlich, so wird auch in diesem Frühjahr, theilweise wohl auf Anregung der mit dem Schloßverein verschmolzenen Verschönerungskommission, in Bezug auf Anlegung neuer Wege in unserer schönen Umgebung eine rege Thätigkeit entfaltet.

F. Mannheim, 3. Mai. Die in der letzten Sitzung des Heidelberg-Mannheimer pädagogischen Vereins beschlossene Ueberreichung der Theesen des Direktors Schröder über die Stellung der höheren Bürgerlichen und des Professors Dr. Köchly über die Ertheilung des Lateinunterrichts an den höheren Bürgerschulen, beide in der vom Verein adoptirten Form, hat stattgefunden. — Die nächste Wanderversammlung der badischen Lehrer an den Gymnasien, Lyceen und höheren Bürgerschulen wird von der Anzahl der zur Theilnahme bereiten Lehrer abhängig gemacht werden, und es wird vom Ortskomitee in dieser Richtung eine Anfrage an die badischen Mittelschulen gerichtet werden. An die Stelle des zurückgetretenen Direktors Dr. Weber von der höheren Bürgerschule wird Direktor Dr. Schröder von der hiesigen höheren Bürgerschule in das Ortskomitee eintreten.

Mannheim, 9. Mai. (Mannh. Z.) Durch das Großh. Obergericht wurden heute drei Nichtigkeitsbeschwerden in Anklagesachen gegen den Redakteur des „Badischen Beobachters“, A. Werberich, entschieden. Gegen ein freisprechendes Urtheil des Großh. Kreisgerichts hatte die Staatsanwaltschaft rekurriert; es wurde das freigelegte Erkenntniß jedoch bestätigt. Auf zwei Berufungen des Hrn. Werberich wurde in einem das verurtheilende freisgerichtliche Erkenntniß aufgehoben, dagegen das andere von 8 auf 4 Wochen Gefängnißstrafe ermäßigt.

Mannheim, 9. Mai. Eine durch das Mitglied der Ersten Kammer Ph. Artaria veranstaltete Lotterie zum Besten des katholischen Rettungshauses in Rastthal ist dieser Tage gezogen und die Gewinne, zu denen Frauen und Herren hiesiger Stadt weitestgehend beigetragen, vertheilt worden. Es ist der hiesigbedürftigen Anstalt dadurch ein Kapital von mehreren Hundert Gulden zugeslossen.

Die harmherzigen Schwestern von Niederbronn haben von Hrn. Dr. Lorenz dessen in der Nähe des Hühnergartens gelegenes Areal mit Garten um den Preis von 15,000 Gulden käuflich erworben. Der Verkäufer hat zu dem für die Ueberführung nöthigen Bauaufwand die Summe von 300 Gulden beigegeben.

Heute machten mehrere Offiziere des hiesigen Dragonerregiments ihren Ausritt nach Schwetzingen zu einer Zusammenkunft mit ihren dortigen und den von Bruchsal ebenfalls gekommenen Kameraden. Sr. Großh. Hoheit der Prinz Wilhelm und der Hr. Kriegsminister sind auf übermorgen hier erwartet. Einige Mitglieder des Vorstandes der Kreditgesellschaft in Berlin sind hier eingetroffen; ihre Anwesenheit steht mit der Angelegenheit des Bahnbauwes nach Schwetzingen, Waghäusel und Karlsruhe in Verbindung.

Der hiesige Kunstverein hat sich mit dem neuentstandenen zu Speyer, der gegenwärtig seine Ausstellung hält, und mit demjenigen von Barmen in Verbindung zunächst behufs des Altientausches gesetzt. In neuester Zeit erfreuen sich die hiesigen Sammlungen, namentlich die Großh. Gemäldegalerie, die lange Jahre so wenig besucht waren, als ob sie in der Wüsten Wüste lägen, in aufmunternder Weise eines sehr zahlreichen Besuchs.

Von Hrn. Pfarrer Mosbacher in Hahmersheim geht uns — höchst überflüssiger Weise unter Bezug auf 11 des Preßgesetzes nebst Erklärung dieses Paragraphen — folgende Berichtigung einer Notiz zu, die wir unter deutlicher Angabe der Quelle einem Artikel der „N. Bad. Landes-Ztg.“ entnommen hatten: „Die „Karlsruh. Ztg.“ brachte in Nr. 109 vom 8. Mai d. J. die Neuigkeit, daß der kath. Pfarrer in Hahmersheim die Trauung eines durch den hiesigen Bürgermeister aufgebotenen Brautpaares verweigere. Als Berichtigung hier die Bemerkung: Die Trauung erwähnten Brautpaares ist bei dem hiesigen kath. Pfarrer nicht nachgesucht worden und konnte somit auch von demselben nicht verweigert werden. Auch das in Betreff der verweigerten Proklamation Zitierte ist unrichtig; ich konnte und wollte die genußigte Proklamation durch den Bürgermeister nicht hindern. Hahmersheim, den 8. Mai 1868. Mosbacher, kath. Pfarrer.“

Aus dem Kreis Lörrach, 10. Mai. Hebel's Dichtersfeier ist heute an seinem 109. Geburtstag in Hausen auf eine Weise begangen worden, wie unsere Gegend — seine Heimath — in einer Reihe von Jahren keine ähnliche sah. Die freudige Theilnahme, welche so zahlreiche Festgenossen von nah und fern am Ufer der lieblichen Wiefe versammelten, war ein sprechender Beweis der Verehrung und Liebe, welchen die Freunde des unsterblichen Sängers jederzeit seiner Kunst zu zollen bereit sind. Dieser Huldigung des Schönen und Guten wurde auch beim „Hebelmahl“ und des Abends auf der „Hebelhöhe“ in sinnigster Weise Ausdruck geliehen. Unter den Gästen bemerkten wir eine beträchtliche Zahl angehender Einwohner der Stadt Basel — insbesondere auch Hrn. Professor Schönlein — sodann von Lörrach, Schopfheim, Zell, Schönau und andern Orten. Auch eine große Anzahl Damen hatte sich eingefunden, um das Andenken des nammentlich auch von dem Schönen hochverehrten Meisters durch ihre Anwesenheit zu feiern. Die „Liebertafel“ von Basel nahm an der Festfeier einen hervorragenden Antheil. Möge die geistige Harmonie, welche den schönen Tag besiedelte und in Liedern und Worten ihren Widerhall fand, noch lange fortdauern und sich stets inniger befestigen!

Vermischte Nachrichten.

München, 8. Mai. (Fr. Z.) Die Verhandlung gegen den Grafen Chorinsky erhält dadurch weiteres Interesse, daß die Baronin Ebergényi auf Antrag des Verteidigers „ihres Gutsdars“ als Entlastungszeuge nach München gebracht werden soll.

Pforz, 7. Mai. (Mittelz. Z.) Heute Morgen überraschte uns Ferd. Freiligrath aus London in Begleitung einiger Freunde mit einem Besuche. Dem Vernehmen nach beabsichtigt er, längern Aufenthalt hier zu nehmen.

Frankfurt, 10. Mai. Das Wetter begünstigt die Vieh- und Maschinenausstellung sehr. Der Andrang von auswärtigem Besuch ist fortwährend sehr stark. Gestern Vormittag besichtigte auch der Herzog von Gotha die landwirthsch. Maschinen mehrere Stunden lang und machte Ankäufe. Von Ausstellern aus Baden erhielten Preise für Vieh: Z. Schaller, Oekonom auf dem Häuserhof bei Engen, einen zweiten Preis für 1 Bullen und außerdem den Preis des badischen Wandervereins von 150 fl.; Ferd. Reiff in Hechtsberg einen zweiten Preis für 1 Bullen.

Frankfurt, 10. Mai. Dem Regierungsdassessor Förster, seither Bewerber des Landrathamtes in Esen, ist die Vertretung der ersten Rathsstelle beim hiesigen Polizeipräsidium übertragen worden. — Nächsten Dienstag wird sich die Stadtverordneten-Versammlung mit einer für unsere finanziellen Verhältnisse höchwichtigen Angelegenheit beschäftigen. Während wir nämlich bisher als selbstverständlich annehmen, daß die Erträge der Frankf. Eisenbahnen bis zur Erledigung der Reueingelegenheit nach wie vor in die badische (Rechnen-) Kasse fließen würden, verlangt die Regierung nämlich, daß diese Einnahmen von jetzt an, und zwar rückwirkend vom 1. Okt. 1867 an, in die Staatskasse fließen sollen.

Koburg, 9. Mai. (Fr. Z.) Für die Aktien der Berraba hn wurden pro 1867 2 1/2 Proz. Dividende festgesetzt, und dürfte für das laufende Jahr, wo die Zinsgarantie der betheiligten Staaten Weimar, Koburg und Meiningen zu Ende geht, kaum ein besseres Ergebniß für die Aktionäre zu erwarten sein.

Aus Schleswig-Holstein, 6. Mai. (Volkz.-Ztg.) Pastor Schrader, Mitglied des konstituierenden Reichstags, bekannt durch seine Thätigkeit gegen die Annexion der Herzogthümer, hat in diesen Tagen seine Heimath verlassen, um in Ansbach (Bayern) eine Stelle als Prediger anzunehmen.

Breslau, 8. Mai. Bei dem heute Vormittag erfolgten Einsturz des Thurmes der Michaelskirche ist nach zuverlässigen Ermittlungen Niemand beschädigt worden. Der übrige Theil der Kirche ist unversehrt geblieben. Man veranschlagt den Schaden auf etwa 50,000 Thlr. Auch der Einsturz des zweiten Thurmes wird befürchtet.

Der Geh. Kommissionsrath Wallner ist in Wien eingetroffen. Derselbe hat sein Theater in Berlin verpackt und zieht sich nun in's Privatleben zurück; er gedenkt sich in Graz anzusiedeln.

Wien, 9. Mai. Die hiesigen Blätter theilen einen Bericht mit, welchen der Polizeidirektor v. Burckhardt in München über die Verhaftung des Grafen G. Chorinsky abgefaßt. Aus dem Bericht geht hervor, daß sich der junge Graf nicht bloß höchst auffallend über seine ermordete Frau äußerte, sondern sich auch vor der Person des Polizeidirektors höchst erschrocken und verlegen zeigte, und sich mehrfach dem Verdacht aussetzte, als wenn er zu entkommen Gelegenheit suchte. Hr. v. Burckhardt konnte nicht zweifelhaft darüber sein, einen in den Mord Verwickelten vor sich zu haben. Aber auch der ältere Graf Chorinsky, der Vater, erscheint in diesem Bericht in einem nachtheiligen Licht. Seine Erzählung über den Mord verwickelte sich in Widersprüche; nur weil er nicht anders konnte, führte er den Polizeidirektor zu seinem Sohn, welcher nicht mit ihm zur Polizei gekommen, sondern „erschüttert von dem Ereigniß und erschöpft von der Reise“ im Gasthof zurückgeblieben war. Beim Abschied des Vaters umarmte der verhaftete Sohn jenen wiederholt, küßte ihm aber auch auf die Wange zu, und es liegt nahe, daß dieses Flüstern mit dem Verschwinden der Ebergényi'schen Briefe an Chorinsky nicht außer Zusammenhang stehe.

Aus Hiesing meldet der „Ham. Kur.“, daß König Georg mit Herausgabe seiner musikalischen Kompositionen beschäftigt sei. Die Mehrzahl derselben besteht in Liederkompositionen.

Marseille, 10. Mai. Man erzählt aus Algier, daß über 10,000 Menschen dem Leichenbegängniß eines von Arabern gemordeten französischen Kindes beigewohnt haben. Während zweier Tage schon finden Volksumläufe statt. Die Zeitungen von Algier und Oran verlangen, man möge den Eingeborenen das Tragen von Messern und sonstigen Waffen untersagen.

Frankfurt, 11. Mai, 2 Uhr 22 Min. Nachm. Desfer. Kreditaktien 131 1/2, Staatsbahn-Aktien 263, National 53, Steuerfreie 49 1/2, 1860r Loose 70 1/2, Desfer. Valua 101 1/2, 4 Prozent. bad. Loose 97, Amerikaner 75 1/2, Gold —.

New-York, 9. Mai. Gold 140 1/2, Court auf London 110 1/2, Bonds 1882r 109 1/2, Illinois 147, Erie 68 1/2, Widdling Upland 31 1/2 Cents.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Table with 5 columns: Date, Barometer, Thermometer, Wind, Sky, and Weather. Data for 9. Mai and 10. Mai.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kraenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 12. Mai. 2. Quartal. 64. Abonnementsvorstellung. Aus der Gesellschaft, Schauspiel in 4 Akten, von Bauernfeld. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 13. Mai. Aus der Gesellschaft, Schauspiel in 4 Akten, von Bauernfeld.

